Entscheidung der Karlsruher Richter war es dabei unerheblich, dass die Patienten, wenn der Laborarzt die Leistungen direkt mit ihnen abgerechnet hätte, ebensoviel hätten zahlen müssen. Erst vor kurzem hatten auf Abrechnungsbetrug spezialisierte Staatsanwälte noch gesagt, dass für den getäuschten Patienten gar kein Schaden vorliege, weil die erbrachten Leistungen nicht minderwertig seien. Diese Auffassung dürfte nun aber vom Tisch sein. Denn: Führe eine erbrachte ärztliche Leistung mangels Abrechenbarkeit nicht zum Entstehen eines Zahlungsanspruchs, so erlösche durch das Bezahlen der Rechnung auch kein Anspruch, der das Vermögen des Patienten belastet. Das heißt in Zukunft, dass Ärzte, die gegen GOÄ-Regeln verstoßen, generell von strafrechtlicher Verfolgung bedroht sind.

Beim Labor alleine bleibt es nicht

Das BGH-Urteil betraf auch noch andere delegierbare Leistungen, denn der Facharzt hatte außerdem für die Erbringung von Osteopathie- und Akupunkturleistungen nichtärztliche Therapeuten eingesetzt, obwohl er selbst diese Leistungen nicht erbringen und die Therapeuten somit nicht anweisen, leiten und überwachen konnte und schließlich auch die Kernleistungen wie Untersuchung, Beratung und Entscheidung über das therapeutische Vorgehen nicht selbst tätigte. Auch dies wurde als Betrug gewertet.

Nach dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung kommt weiteren Vorschriften der GOÄ strafrechtliche Bedeutung zu. Als Auslagenersatz nach § 10 Abs. 1 GOÄ können nur die tatsächlich entstandenen Kosten berechnet werden. Gemäß § 12 Abs. 2 GOÄ ist ein Beleg über die Auslagen aber erst bei einem höheren Betrag als 25,56 Euro beizufügen. Auch unter dieser Grenze gilt aber die gebührenrechtliche Pflicht zur alleinigen Weiterberechnung der tatsächlichen Kosten, und es ist nicht auszuschließen, dass Staatsanwälte selbst bei solch geringen wirtschaftlichen Volumina tatsächlich tätig werden.

Dr. Ingo Pflugmacher,
Fachanwalt für Medizin- und Verwaltungsrecht und Partner der Anwaltskanzlei Busse & Miessen in Bonn

Bewertungsportale: Meinungsfreiheit wiegt schwerer als Arztinteresse

Hotels, Lehrer - und jetzt auch Ärzte: Sie müssen Bewertungen im Internet akzeptieren. Ein Recht auf Löschung gibt es nicht, haben Richter jetzt geurteilt.

Auch Ärzte müssen Bewertungen ihrer Praxis in einem Internetportal hinnehmen, urteilte kürzlich das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main (Aktenzeichen 16 U 125/11). Es wies damit die Klage einer niedergelassenen Ärztin aus dem Raum Sachsen ab. Unter Hinweis auf den Datenschutz hatte sie von einem Bewertungsportal verlangt, sämtliche Daten und Bewertungen über sie zu löschen. Nach Angaben der Münchner Anwaltskanzlei Robert Schweizer handelt es sich um das Arztbewertungsportal Jameda. Wie schon das Landgericht Wiesbaden wies nun auch das OLG die Klage ab. Die Ärztin habe kein „schutzwürdiges Interesse“ an der Löschung ihrer Daten, das schwerer wiege als die Meinungsfreiheit. Zur Begründung verwies das OLG auf das Ur-

teil des Bundesgerichtshofs zum Lehrer-Bewertungsportal „spickmich“. Zwar sei dieses nur registrierten Nutzern zugänglich, Jameda dagegen frei für alle. Dafür stehe die Ärztin aber auch im Wettbewerb; alle angegebenen Kontaktdaten entstammten öffentlich zugänglichen Branchenverzeichnissen.

Äußerungen über Ärzte seien grundsätzlich von der Meinungsfreiheit umfasst, betonte das OLG. Das gelte auch für anonyme Äußerungen in einem Bewertungsportal. Zudem müssten die Autoren einer Bewertung ihre E-Mail-Adresse angeben, so dass Jameda die Urheberschaft intern nachvollziehen könne. Darüber hinaus hätten Ärzte die Möglichkeit des Einspruchs gegen eine Bewertung.

Martin Wortmann

Abrechnungstipp

Orthopädische Checks sind immer IGeL

Neben orthopädisch Kranken finden immer wieder Menschen den Weg zum Orthopäden, um sich ohne aktuelle Symptome orthopädisch durchchecken zu lassen oder aber mit der Fragestellung: Kann ich aus orthopädischer Sicht einen bestimmten Beruf oder Sport ausüben? Solche Patienten sollte man nicht zu Lasten der GKV untersuchen, vielmehr sind sie klassische IGeL-Patienten, auch wenn Krankenkassen (Stichwort IGeL-Monitor) dies teilweise anders sehen. Im Gegenteil: Diese Patienten zu Lasten der GKV zu beraten und zu untersuchen würde den Tatbestand des Abrechnungsbetrugs erfüllen.

Grundsätzlich sind dabei alle Untersuchungs- und Beratungsleistungen der GOÄ abrechenbar, zudem entsprechende Attesthonorare.

- Bei einem gründlichen orthopädischen Status kommen die Ziffern 7 und 8, alternativ eventuell die Nr. 800 und die ausführliche Beratung nach Nr. 3 infrage. Gleiches gilt für die Beurteilung der Sportfähigkeit und der Berufstauglichkeit. Hier kommt bei gezielter Fragestellung und der Detektion orthopädischer Probleme zudem die Nr. 34 ins Spiel, die Erörterung der Auswirkung einer Erkrankung auf die Lebensführung und/oder die Berufsausübung.
- Benötigt der Patient eine Bescheinigung über das Ergebnis, fällt zumindest die Nr. 70, häufig aber auch die Nr. 75 (ausführliche Darstellung) oder gar die Nr. 80 an, dies vor allem bei Fragen zur Berufstauglichkeit).

Fazit: Orthopädische Checks und Tauglichkeitsuntersuchungen sind immer IGeL und sollten korrekt nach Ausführlichkeit – auch zeitlich – privat liquidiert werden.

Dr. med. Heiner Pasch